



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

BEITRÄGE ZUR STRUKTURFORSCHUNG

HEFT 166 · 1997

Martin Gornig, Bernd Görzig,
Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz

Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft
in Deutschland bis zum Jahr 2010

Ergebnisse quantitativer Szenarien

DUNCKER & HUMBLOT · BERLIN

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

gegründet 1925 als INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG von Prof. Dr. Ernst Wagemann

Königin-Luise-Straße 5 · D-14195 Berlin (Dahlem)

VORSTAND

Präsident Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Sir Leon Brittan · Dr. Johannes Ludewig · Elmar Pieroth · Wolfgang Roth · Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg

Kollegium der Abteilungsleiter*

Dr. Heiner Flassbeck · Dr. Fritz Franzmeyer · Dr. Kurt Hornschild · Prof. Dr. Eckhard Kutter

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep · Wolfram Schrettl, Ph. D. · Dr. Bernhard Seidel · Dr. Hans-Joachim Ziesing

KURATORIUM

Vorsitzender: Dr. Alexander von Tippelskirch

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Thomas Hertz

Mitglieder

Der Bundespräsident

Bundesrepublik Deutschland

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium für Wirtschaft

Bundesministerium für Verkehr

Bundesministerium für Post und Telekommunikation

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Land Berlin

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe

Senatsverwaltung für Justiz

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen

Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wirtschaft

Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Wirtschaftsministerium

Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Land Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Deutsche Bundesbank

Deutsche Bahn AG

Deutsche Post AG

Deutsche Postbank AG

Deutsche Telekom AG

Bundesanstalt für Arbeit

Wirtschaftsvereinigung Bergbau

Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Freie Demokratische Partei

Deutscher Gewerkschaftsbund

Industriegewerkschaft Metall

Bankgesellschaft Berlin AG

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft

IKB Deutsche Industriebank AG

Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft

Vereinigung der Freunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Persönliche Mitglieder

Dr. Günter Braun

Dr. Dieter Hiss

Dr. Karl-Heinz Narjes

* Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

**Martin Gornig, Bernd Görzig,
Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz**

**Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft
in Deutschland bis zum Jahr 2010**

Ergebnisse quantitativer Szenarien



DUNCKER & HUMBLOT · BERLIN

Die Deutsche Bibliothek -- CIP-Einheitsaufnahme

**Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland
bis zum Jahr 2010 : Ergebnisse quantitativer Szenarien /**
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Martin Gornig ...
[Schriftl.: Kurt Horschild]. — Berlin : Duncker und Humblot,
1997

(Beiträge zur Strukturforschung ; H. 166)

ISBN 3-428-09126-4

NE: Gornig, Martin; Horschild, Kurt [Red.]; Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung <Berlin>; GT

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89 200

Schriftleitung: Dr. Bernhard Seidel

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin

Printed in Germany

ISSN 0171-1407

ISBN 3-428-09126-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Inhaltsverzeichnis

0 Zusammenfassung	6
1 Methodisches Vorgehen	31
1.1 Der Prognoseansatz	31
1.2 Beschreibung der Teilmodelle	39
1.3 Besonderheiten für Ostdeutschland	51
2 Entwicklung der Szenarienannahmen	65
2.1 Tendenzen in wichtigen Entwicklungsfeldern	65
2.2 Annahmen zu zwei Szenarien	81
3 Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot	86
3.1 Vergangenheitsentwicklung und Prognoseannahmen	86
3.2 Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung	95
3.3 Entwicklung des Arbeitskräfteangebots	102
4 Nachfrage und Produktion	110
4.1 Entwicklungen des Außenhandels	110
4.2 Tendenzen der Binnennachfrage	114
4.3 Wachstumspfade der Produktion	124
5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	127
5.1 Produktivität und Beschäftigung	127
5.2 Entwicklungstendenzen am Arbeitsmarkt	133
6 Einkommensverteilung und -umverteilung	138
6.1 Preise, Löhne und Gewinne	138
6.2 Abgaben und Transfers	150
6.3 Sektorale Finanzierungspositionen	156
Literaturverzeichnis	164

Tabellenverzeichnis

Tabelle 0/1	Bevölkerung und Erwerbspersonenpotential	24
Tabelle 0/2	Nachfrage und Produktion	25
Tabelle 0/3	Produktionspotential der Unternehmen	26
Tabelle 0/4	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	27
Tabelle 0/5	Preisentwicklung	28
Tabelle 0/6	Staatshaushalt	29
Tabelle 0/7	Einkommensverteilung	30
Tabelle 1/1	Staatskonto Deutschland - nach Zurechnung der Zusatzschulden	64
Tabelle 3/1	Entwicklung der Einwohnerzahl 1990 bis 1994	94
Tabelle 3/2	Struktur und Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland	99
Tabelle 3/3	Struktur und Entwicklung der Bevölkerung in Westdeutschland	100
Tabelle 3/4	Struktur und Entwicklung der Bevölkerung in Ostdeutschland	101
Tabelle 3/5	Entwicklung von Erwerbspersonen und Erwerbspersonenpotential	109
Tabelle 4/1	Nachfrage und Produktion in Deutschland	120
Tabelle 4/2	Nachfrage und Produktion in Westdeutschland	121
Tabelle 4/3	Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland	122
Tabelle 4/4	Nachfrage und Produktion je Einwohner	123
Tabelle 5/1	Entwicklung des Produktionspotentials der Unternehmen in Deutschland	130
Tabelle 5/2	Entwicklung des Produktionspotentials der Unternehmen in Westdeutschland	131
Tabelle 5/3	Entwicklung des Produktionspotentials der Unternehmen in Ostdeutschland	132
Tabelle 5/4	Produktionsentwicklung und Arbeitsmarkt in Deutschland	135
Tabelle 5/5	Produktionsentwicklung und Arbeitsmarkt in Westdeutschland	136
Tabelle 5/6	Produktionsentwicklung und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland	137

Tabelle 6/1	Preisentwicklung in Deutschland	144
Tabelle 6/2	Preisentwicklung in Westdeutschland	145
Tabelle 6/3	Preisentwicklung in Ostdeutschland	146
Tabelle 6/4	Einkommensverteilung in Deutschland	147
Tabelle 6/5	Einkommensverteilung in Westdeutschland	148
Tabelle 6/6	Einkommensverteilung in Ostdeutschland	149
Tabelle 6/7	Entwicklung des Staatshaushalts	155
Tabelle 6/8	Finanzierungspositionen in Deutschland	161
Tabelle 6/9	Finanzierungspositionen in Westdeutschland	162
Tabelle 6/10	Finanzierungspositionen in Ostdeutschland	163

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1/1	Modularer Aufbau des Szenarienmodells	34
Abbildung 1/2	Arbeitsablauf Szenarien 2010	38
Abbildung 1/3	Parameter des Bevölkerungsmodells	41
Abbildung 1/4	Schema der Input-Output-Verflechtung	45
Abbildung 2/1	Typisierung der Szenarien 2010	82
Abbildung 2/2	Zentrale Parameter der Szenarien 2010	84

0 Zusammenfassung

Formulierung von Basisszenarien

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Sie ist nicht nur durch eine konjunkturelle Schwächeperiode geprägt, sondern auch durch Entwicklungen, die - wenn der notwendige Anpassungsprozeß nicht gelingt - die mittel- und längerfristigen Perspektiven des Produktionsstandortes Deutschland gefährden.

In diesem Bericht ist versucht worden, das wirtschaftspolitische Umfeld in zwei quantitativen Szenarien einzufangen. Dabei geht es nicht darum, wirtschaftliche Entwicklungen detailliert in Wechselwirkung mit den sich verändernden Rahmenbedingungen zu beschreiben. Mit der Beschreibung zweier möglicher Entwicklungspfade, die jeweils aus einem konsistenten Bündel von Annahmen abgeleitet werden, soll vielmehr ein quantitatives Bild der Dimensionen in gravierenden Problembereichen wie Arbeitsmarkt, Sozialversicherung und Staatsfinanzen gezeichnet werden. Sie sollen insbesondere den wirtschafts- und gesellschaftspolitisch Handelnden Orientierungen über denkbare Entwicklungen und Gestaltungsspielräume geben. Die Beantwortung der Fragen, wie die wirtschaftlich relevanten Rahmenbedingungen mit den Instrumenten der Wirtschafts-, Finanz-, Technologie-, Bildungs-, Umwelt- oder Sozialpolitik konkret ausgestaltet werden können, muß weiteren Untersuchungen ebenso überlassen bleiben wie Projektionen zur Entwicklung in einzelnen Branchen/Sektoren.

Die Berechnungen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind mit Hilfe des weiterentwickelten DIW-Szenarienmodells durchgeführt worden. Das Modell ist in seiner Struktur kein geschlossenes ökonometrisches Modell. Es setzt sich vielmehr aus kleinen Teilmodellen zusammen, die in einem iterativen Prozeß aufeinander abgestimmt werden. Quantitative Ergebnisse eines einen Teilmodells gehen jeweils als exogene Vorgaben in andere Teilmodelle ein. Dies gilt auch für die Projektionen der Bevölkerungsentwicklung, die in Abstimmung mit den wirtschaftlichen Entwicklungspfaden vorgenommen wurden.

Rahmenbedingungen für die längerfristige Wirtschaftsentwicklung

Auf der politischen Ebene werden die zentralen Herausforderungen an den strukturellen Wandel ausgelöst

- von verbesserten Rahmenbedingungen für den internationalen Handel (WTO-Vereinbarungen). Dadurch verbessern sich die Chancen der Exportwirtschaft, aber auch die Wettbewerbsintensität und damit der Anpassungsdruck dürften zunehmen;
- von dem Entstehen supranationaler Handelszonen mit nach innen offenen Märkten und teilweise hohen Marktzutrittsbarrieren (EU, Nafta, Asian-Staaten);
- von dem Umbruch in Osteuropa, der Öffnung Chinas und Entwicklungen in Lateinamerika, die einerseits neue Absatzmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft bedeuten, andererseits aber auch neue Konkurrenzverhältnisse und Standortalternativen schaffen;
- und nicht zuletzt von dem Integrationsprozeß zur Europäischen Währungsunion, der eine stärkere Zentralisierung der Wirtschaftspolitik und ein besser abgestimmtes Verhalten insbesondere der Geld- und Finanzpolitik in Europa bedingt.

Hinzu kommen ökonomisch/technologische Entwicklungen, wie

- die zunehmende Globalisierung multinationaler Konzerne, die eine allmähliche Auflösung der traditionellen Standortbindung bedeutet;
- das Aufkommen und die Verbreitung neuer Technologien wie der Informationstechnologie, die zu neuen Spezialisierungsmustern führen und neue, global organisierte Produktionsformen ermöglichen.

Ergebnisse dieser Entwicklungen zeigen sich bereits heute: In den hochentwickelten Volkswirtschaften

- geht sowohl absolut als auch relativ (gemessen an der Gesamtbeschäftigung) die Zahl der industriellen Arbeitsplätze zurück, in der westdeutschen Industrie waren es von 1991 bis 1994 mehr als 1,1 Mill.

- gewinnen produktions- und konsumorientierte Dienstleistungen weiter an Bedeutung; lange Zeit regulierte und binnenmarktorientierte Dienstleistungen werden ähnlich wie Industriegüter von Konzernen über die Grenzen hinweg angeboten und sind zunehmend internationaler Konkurrenz ausgesetzt;
- ist die Produktion von international handelbaren Waren und Dienstleistungen, bei denen sich die Vorteile der differenzierten Wirtschafts- und der leistungsfähigen Infrastruktur günstig auswirken, weniger gefährdet als die von Erzeugnissen, bei denen die Höhe der Lohnkosten in der Bewertung der Wettbewerbsposition im Vordergrund steht.

In einer befriedigenden Weise kann diesen langfristig ausgerichteten Herausforderungen an den Strukturwandel nur begegnet werden, wenn es auf mittlere Frist gelingt, gleichzeitig die anhaltende konjunkturelle Schwächeperiode durch angemessene Reaktionen der Lohn-, Geld- und Finanzpolitik zu überwinden. Würde in der Bundesrepublik und in anderen EU-Staaten kurzfristig ein harter Restriktionskurs eingeschlagen, um die derzeitigen Staatsdefizite, die in erster Linie wegen der schwachen Konjunkturentwicklung stark gestiegen sind, unter die in den Maastricht-Vereinbarungen vorgegebene Schranke zu drücken, kommt es aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Länder auch dauerhaft zu Wachstumseinbußen. Werden hingegen die Interpretationsspielräume des Maastricht-Vertrages von den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Deutschland und den anderen EU-Staaten für eine konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik genutzt, ergeben sich zusätzliche Wachstumsspielräume.

Ein Integrationsszenario

In diesem Szenario wird damit gerechnet, daß sich weltweit eine günstige und stabile Wirtschaftsentwicklung durchsetzt. Vorausgesetzt ist allerdings, daß in der EU angesichts der gegenwärtig schwachen Konjunkturphase eine wachstums- und konjunkturgerechte Lohn-, Fiskal- und Geldpolitik verfolgt wird. Damit dürfte am Ende dieses Jahrzehnts der Einstieg in eine Währungsunion gelingen, zum anderen könnten die Visegrad-Staaten stärker an die EU angebunden werden. Neben neuen internationalen Verflechtungen ist damit auch eine höhere Intensität der Außenwirtschaftsbeziehungen zu erwarten.